

## Sozial und gerecht: Gute Renten für alle!

Allen Unmutsäußerungen zum Trotz: Die gesetzliche Rente lebt. Sie hat die Wirtschafts- und Finanzkrise mit Bravour gemeistert. Ihre Kassen sind gut gefüllt. Mit dem Rentenpaket gab es 2014 die ersten wirklichen Leistungsverbesserungen seit vielen Jahren. Auch die Rentner\*innen profitierten von der guten Lage: Nach einer langen Durststrecke steigen die Renten wieder.

Für DIE LINKE. im Bundestag kein Grund zum Ausruhen. Denn das trotzdem weiter sinkende Rentenniveau, Leistungskürzungen und die Teilprivatisierung haben der gesetzlichen Rente schwer zugesetzt. Zugleich wurde das reguläre Renteneintrittsalter deutlich erhöht. Das Vertrauen in ein leistungsstarkes Alterssicherungssystem, das auf sozialem Ausgleich basiert, wurde so marktwillig beschädigt. Der Strukturwandel am Arbeitsmarkt, unterbrochene Erwerbsbiografien sowie zunehmend unsichere und schlecht bezahlte Arbeit lassen für viele Menschen den einmal erarbeiteten Lebensstandard im Alter in weite Ferne rücken. Mehr und mehr Menschen sind von Altersarmut betroffen.



Von den Leistungskürzungen profitieren vor allem die Unternehmen. Sie haben sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entzogen: Sie zahlen deutlich weniger Beiträge als ihre Beschäftigten. Denn um ihre Rentenlücke zu schließen, müssen diese zusätzlich privat vorsorgen.

Wenn aber das Verhältnis zwischen Beiträgen und Leistungen nicht mehr stimmt, dann verliert die gesetzliche Rente nicht nur an Legitimation. Dann ist der tragende Eckpfeiler unseres Sozialstaates in Gefahr. Soweit darf es nicht kommen. Deshalb kämpft DIE LINKE. im Bundestag im Interesse von Jung und Alt für eine tragfähige und solidarische Rentenversicherung für alle. Wir wollen »Gute Arbeit«, gute Renten und ein gutes Leben im Alter miteinander verbinden. Heute, morgen und in Zukunft.

## Von guter Arbeit zu guter Rente

In einem einkommensbasierten Alterssicherungssystem wird durch »Gute Arbeit« die Grundlage für eine gute Rente im Alter geschaffen. Der Strukturwandel am Arbeitsmarkt, die Arbeitsmarktreformen von SPD und Grünen sowie unterbrochene Erwerbsbiografien führen jedoch in eine Sackgasse: Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung sind Gift für auskömmliche Rentenansprüche im Alter.

Selbst der seit 2015 geltende gesetzliche Mindestlohn ändert nichts an dieser Entwicklung. Er ist viel zu niedrig. Auch nach langjähriger Beschäftigung reicht er für eine Rente oberhalb der Grundsicherung nicht aus.

Vor allem Frauen können sich nur selten eine eigenständige Alterssicherung aufbauen. Die Ursachen: Anhaltende Lohndiskriminierung und Erwerbsunterbrechungen oder unfreiwillige Teilzeitarbeit aufgrund familiärer Verpflichtungen.

Deshalb wollen wir Beschäftigung sicherer machen. Leiharbeit und Befristungen lehnen wir ab. Minijobs führen zu Minirenten. Sie müssen mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichgestellt werden. Und nur ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens zwölf Euro ohne Ausnahmen schützt bei einem lebensstandardsichernden Rentenniveau vor Armutsrenten. Klare gesetzliche Regeln gegen Lohndiskriminierung und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen Frauen unabhängig beim Aufbau ihrer Altersvorsorge machen. Künftig soll gelten: »Gute Arbeit« und gute Löhne sowie ein hoher Beschäftigungstand sorgen durch kontinuierliche Beiträge auch für stabile Rentenfinanzen.

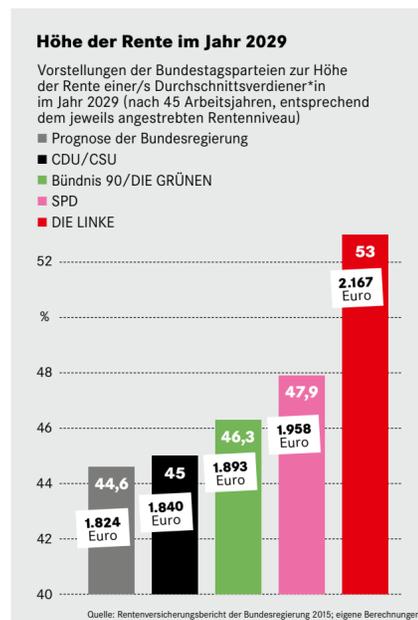
## Rentenniveau anheben – Lebensstandardsicherung wiederherstellen

»Gute Arbeit« führt dann zu guten Renten, wenn das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente angehoben wird. Die Rentner\*innen sind durch entsprechende Rentensteigerungen am Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums zu beteiligen. Mit den Rentenreformen von SPD und Grünen wurde dieser gesellschaftliche Konsens zu Beginn des Jahrhunderts aufgegeben. Zu Lasten der Lebensstandardsicherung und der Armutsvermeidung sollten die Rentenbeiträge möglichst niedrig sein, um die Unternehmen zu entlasten.

Heute zeigt sich: Selbst für Durchschnittsverdienende wird es immer schwieriger, sich eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung zu erarbeiten. Das Rentenniveau ist bereits um zehn Prozent gefallen. Bis 2030 wird es nach geltendem Recht voraussichtlich um weitere acht Prozent sinken. Wer also 45 Jahre lang genau so viel wie der Durchschnitt aller Beschäftigten verdient hat, wird dann rund 300 Euro Rente weniger in der Tasche haben.

Die Gefahr, dass sich die Altersarmut durch das sinkende Rentenniveau bis in die Mitte der Gesellschaft ausbreitet, wird so immer größer. Die als Kompensation gedachte Riester-Rente kann die Rentenlücke nicht schließen. Der Paradigmenwechsel zugunsten der Beitragsstabilität ist gescheitert.

Deshalb fordert DIE LINKE. im Bundestag, das Rentenniveau wieder auf das Niveau anzuheben, das vor den Reformen galt. Statt es auf 43 Prozent abzusenken, sind 53 Prozent für ein angemessenes Leistungsniveau erforderlich. Ein wesentlicher Beitrag für eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente und zur Armutsvermeidung im Alter wäre damit erreicht.



## Besser öffentlich als privat – Riester in die gesetzliche Rente überführen

Um die Sicherungslücke schließen zu können, wurde die Alterssicherung teilprivatisiert. Aber die private Altersvorsorge ist keine Alternative zur solidarisch finanzierten gesetzlichen Rente – trotz der üppigen staatlichen Milliardensubventionen. Unsichere Kapitalmärkte, Niedrigzinsphase, hohe Kosten und unrealistische Renditeziele mussten die Riester-Rente scheitern lassen.

Viele Niedrigverdienende können sie sich schlicht nicht leisten. Besserverdienende brauchen sie oftmals nicht. Die Bilanz der Riester-Rente ist katastrophal: Von den gut 16,5 Millionen Riester-Verträgen wird nur gut ein Drittel voll bespart. In 3,3 Millionen Verträge wird gar nichts mehr eingezahlt.

Auch der Schutzzumfang ist deutlich geringer. Die gesetzliche Rente sichert nicht nur das Einkommen im Alter, sondern auch Erwerbsgeminderte und Hinterbliebene ab. Zugleich fressen Verwaltungskosten und Provisionen ein Großteil der Beiträge zur Riester-Rente auf. Banken und Versicherungen profitieren. Sie haben auf Kosten der Allgemeinheit mit der Riester-Rente viel Geld verdient.

DIE LINKE. im Bundestag will deshalb allen Riester-Sparer\*innen die Möglichkeit geben, ihre erworbenen Ansprüche freiwillig auf ihr Versicherungskonto bei der gesetzlichen Rentenversicherung zu übertragen. Die staatliche Riester-Subventionierung von über drei Milliarden Euro jährlich würde eingestellt. Mit den Mitteln wollen wir sinnvoll in die gesetzliche Rente investieren und den sozialen Ausgleich stärken: bei Ausbildungszeiten, Erwerbslosigkeit, für Kindererziehung oder Pflege.

## Den sozialen Ausgleich stärken, Sicherungslücken schließen

Die Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt durch Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung oder Erwerbslosigkeit haben bereits tiefe Spuren in vielen Versichertenbiografien hinterlassen. Durch schlechte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsbedingungen darf Altersarmut nicht vorprogrammiert werden. Selbst mit einem deutlich höheren Rentenniveau muss der soziale Ausgleich in der Rentenversicherung gestärkt werden. Auch hier wurden Leistungen in den vergangenen Jahren deutlich gekürzt oder abgeschafft.

Profitieren würden Beschäftigte mit unregelmäßigen Erwerbsbiografien, vor allem Frauen. Gerade sie sind aufgrund von Kindererziehung und familiärer Pflege oftmals gezwungen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren oder ganz aufzugeben. Mit einer Ausweitung und Aufwertung dieser Zeiten will DIE LINKE. im Bundestag die gesellschaftlich notwendige, aber unzureichend anerkannte Familienarbeit stärken.

Mit der Rente nach Mindestentgeltpunkten wollen wir Niedrigrenten rentenrechtlich aufwerten. Modelle wie eine sogenannte »solidarische Lebensleistungrente« sind dagegen untauglich. Sie sind zu kompliziert und zu bürokratisch. Wegen hoher Zugangshürden würden nur wenige Versicherte profitieren. DIE LINKE. im Bundestag fordert: Für Zeiten der Langzeiterwerbslosigkeit müssen wieder Beiträge durch die Grundsicherungsträger geleistet werden. Zudem müssen Ausbildungs- und Pflegezeiten rentenrechtlich besser anerkannt werden.

Als gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen systemgerecht aus Steuern zu finanzieren. Durch eine sozial gerechte Steuerpolitik wollen wir die Mittel für diese Maßnahmen bereitstellen. Bisherige sowie nicht ausgeschöpfte Milliarden für die Riester-Subventionierung können gegen Altersarmut effizienter und zielgenauer in der gesetzlichen Rente eingesetzt werden.

## Die solidarische Erwerbstätigenversicherung – gemeinsam mehr erreichen

Neben abhängig Beschäftigten sind bisher nur wenige selbstständige Berufsgruppen in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert. Beamt\*innen, Politiker\*innen und weitere Berufsgruppen sind meist in anderen Versorgungssystemen abgesichert. Rund zwei Drittel der Selbstständigen fehlt hingegen jeglicher Schutz für Alter, Erwerbsminderung und Tod. Kommt es zudem zu wechselnden Erwerbsformen, ist eine kontinuierliche Altersabsicherung unerlässlich.

DIE LINKE. im Bundestag will die Versichertengemeinschaft stärken. Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung ausbauen, in die alle Erwerbstätigen einzahlen. Sicherungslücken würden vermieden und das volle Leistungsspektrum der gesetzlichen Rente zur Verfügung gestellt. Das stärkt den Charakter der gesetzlichen Rente für entfallendes Erwerbseinkommen im Alter und als Solidarsystem.

Um kontinuierliche Versicherungsbiografien zu ermöglichen, lehnen wir eine Versicherungspflicht mit Wahlrecht des Altersvorsorgesystems ab. Zudem wollen wir den Missbrauch von Scheinselbstständigkeit offensiv verhindern. Mit der Einbeziehung zukünftiger Beamt\*innen, Politiker\*innen und Selbstständigen würde die Rentenversicherung finanziell gestärkt: Mehr Versicherte bedeuteten in einem umlagefinanzierten System auch mehr Einnahmen.

Wer zudem oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegt (2016: monatlich 6.200 Euro West und 5.400 Euro Ost Gehalt und mehr), zahlt bisher dafür keine Rentenbeiträge. Entsprechend werden keine zusätzlichen Rentenansprüche erworben. Um einen sozial gerechten Ausgleich für alle Erwerbstätigen bei der Finanzierung der gesetzlichen Rente sicherzustellen, sollen zukünftig alle Versicherten den gleichen Beitragssatz auf ihr gesamtes Erwerbseinkommen zahlen. Sehr hohe Renten würden zugleich abgeflacht.

## Das Mindeste garantieren – Solidarische Mindestrente einführen

Mit der Rückkehr zu einer den Lebensstandard sichernden Rente mit deutlich höherem Rentenniveau, sozialen Ausgleichsmaßnahmen sowie einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung wird Altersarmut weitestgehend vermieden. Doch wer bereits heute auf lange Phasen mit schlechten Löhnen, Erwerbslosigkeit oder Krankheit zurückblicken muss, soll ebenfalls Anspruch auf ein würdevolles Leben im Alter haben.

DIE LINKE. im Bundestag fordert deshalb eine Solidarische Mindestrente: Kein Mensch soll im Alter von einem Einkommen unterhalb der Armutschwelle leben müssen. Die Solidarische Mindestrente soll an alle Menschen jenseits der Regelaltersgrenze als Zuschlag – oder im Einzelfall auch als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden, die weniger als 1.050 Euro Nettoeinkommen im Alter haben. Sie wird aus Steuern finanziert und einkommens- und vermögensgeprüft sein. Wir werden mit höheren Vermögensfreibeträgen sicherstellen, dass soziale Härten vermieden und normales, selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt.

## Flexibel in den Ruhestand statt Arbeiten ohne Ende

Zu einer sozial gerechten Rentenpolitik gehört ein realistisches Renteneintrittsalter. Seit 2012 wird die Regelaltersgrenze bis 2031 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Wer früher in Rente geht, muss zukünftig Abschläge von bis zu 14,4 Prozent akzeptieren. Abschläge bedeuten Rentenkürzungen – ein Leben lang. Fast die Hälfte der Neurentner\*innen ist betroffen. Nur wenige von ihnen schaffen den Übergang in den Ruhestand aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Viele sind gesundheitlich eingeschränkt oder finden keinen Arbeitsplatz im Alter.

Die 2014 eingeführte »Rente ab 63« für besonders langjährig Versicherte verschafft den Älteren nur eine kurze Atempause, denn auch sie wird schrittweise auf 65 angehoben. Die Rente erst ab 67 oder Forderungen nach einem noch höheren Renteneintrittsalter sind deshalb unrealistisch und sozialpolitisch unverantwortlich. Sie gehört abgeschafft. Ein reguläres Renteneintrittsalter von 65 Jahren ist ausreichend und finanzierbar.

Stattdessen setzt sich DIE LINKE. im Bundestag für sozial abgesicherte, flexible Übergänge in den Ruhestand ein. Sie müssen sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren. Sicherungslücken zwischen dem Erwerbsleben und der Rente würden so vermieden. Altersteilzeitmodelle haben sich bewährt. Die Rente ab 63 muss dauerhaft abschlagsfrei erhalten bleiben. Es braucht Möglichkeiten, ab 60 in Rente gehen zu können. Außerdem müssen der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten erleichtert, die systemfremden Abschläge gestrichen und die Zurechnungszeit deutlich verlängert werden.

Arbeiten bis zum Ende ist weder gesellschaftlich noch sozialpolitisch akzeptabel. Jüngeren Beschäftigten dürfen weder ihre Arbeitsmarktchancen verbaut, noch sollen Ältere als billige Arbeitskräfte missbraucht werden.



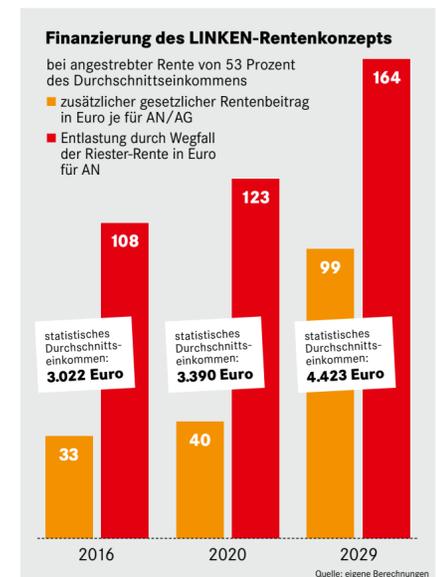
## Lebensleistung anerkennen – Ostrenten angleichen

Vielfach versprochen und nie eingehalten: Noch immer erhalten die Rentner\*innen in Ost und West für die gleiche Lebensleistung keine gleichwertige Rente.

DIE LINKE. im Bundestag will diese Benachteiligung der ostdeutschen Rentner\*innen endlich beenden. Wir fordern eine zügige Angleichung an das Westniveau. Die heute im Osten Beschäftigten dürfen dabei nicht

benachteiligt werden. Ihre Gehälter sind bei gleicher Tätigkeit oft deutlich niedriger als im Westen. Die Umrechnung (»Hochwertung«) ostdeutscher Löhne soll deshalb zunächst beibehalten werden. Um höhere Löhne durchzusetzen, wollen wir zudem die Mitbestimmung in den Betrieben ausweiten sowie das Tarif- und Arbeitsrecht stärken.

Zugleich kam es bei der Überführung der Alterssicherungssysteme der DDR in bundesdeutsches Recht teilweise zu einer unzureichenden Anerkennung von DDR-Rentenansprüchen. Zahlreiche Ungerechtigkeiten bestehen bis heute fort. Hunderttausende Ostdeutsche sind betroffen. DIE LINKE. im Bundestag wird sich weiterhin für die Anerkennung dieser Ansprüche einsetzen.



## Gute Rente – solidarisch und gerecht finanziert

DIE LINKE. im Bundestag will das Sicherungsniveau von 53 Prozent wieder fest in der gesetzlichen Rentenversicherung verankern. Rentenfinanzen, die sich lediglich an einer politisch motivierten Beitragssatzhöhe orientieren, sind weder nachhaltig, noch stärken sie das Vertrauen in ein leistungsfähiges Rentensystem. Das sinkende Rentenniveau und die Teilprivatisierung der Altersvorsorge machen es erforderlich, dass die Beschäftigten bis 2030 jährlich aus eigener Tasche rund sieben Prozent mehr Beiträge aufwenden müssen als die Unternehmen. Wir wollen deshalb die Unternehmen wieder zu gleichen Teilen an der Finanzierung beteiligen. Mindestens. Die Beschäftigten und die zukünftigen Beitragszahler\*innen könnten damit und durch Einsparungen bei der Riester-Rente deutlich entlastet werden.

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben der Rentenversicherung müssen zudem systemgerecht aus Steuermitteln finanziert werden. Zahlten alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung ein, müssten Leistungsverbesserungen nicht zwangsläufig zu höheren Beitragssätzen führen.

Die Bereitschaft zur Beitragszahlung in einem generationenübergreifenden Rentensystem hängt letztendlich nicht nur von der Höhe der Beiträge ab, sondern davon, ob der Lebensstandard im Alter gesichert und Altersarmut vermieden wird. Dafür setzt sich DIE LINKE mit aller Kraft ein. Heute, morgen und in Zukunft!

**Kontakt:**  
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 61 28  
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de  
V.i.S.d.P.: Heike Hänsel (MdB), Jan Korte (MdB)  
Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

**Sozial und gerecht: Gute Renten für alle!**  
**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

ALTERSARMUT VERHINDERN –  
RENTEN RAUF!

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G